

Der Bürgermeister

Zossener Str. 21c • 15838 Am Mellensee

Ortsteile:

Sperenberg, Klausdorf, Mellensee, Saalow,
Rehagen, Kummersdorf-Alexanderdorf,
Kummersdorf-Gut, Gadsdorf

Sachgebiet: Lt. Haupt-/Schulamt

Zimmer: 2.07

Bearbeiter: Frau Berkholz

E-Mail: berkholz@mellensee.de

Telefon: (033703) 959-12

Telefax: (033703) 95969

AKZ: 10.3

Datum: 24.02.2022

Stellungnahme der Verwaltung zur Beschlussvorlage „Änderung Hauptsatzung – Geschäfte der laufenden Verwaltung“

Stellungnahme Hauptamt:

Laut Kommunalrecht handelt es sich bei einem laufenden Geschäft der Verwaltung um anfallende wiederkehrende Routinegeschäfte, die nach feststehenden Grundsätzen entschieden werden können. Ob ein Geschäft der laufenden Verwaltung vorliegt ist mit Blick auf die Finanz- und Verwaltungskraft der handelnden Kommune zu beurteilen. Die interne Entscheidungsbefugnis über die Vornahme eines Geschäfts der laufenden Verwaltung liegt in aller Regel beim HVB, allerdings hat die Gemeindevertretung regelmäßig ein Rückholrecht. Darüber hinaus können vorgesehene Beschränkungen der Entscheidungsbefugnis des HVB gelten. Über diese soll entschieden werden.

Eine Routineangelegenheit ist sachlich, politisch und finanziell nicht von grundsätzlicher Bedeutung für die Kommune und daher im Regelfall aufgrund feststehender Kriterien zu erledigen. Die Festlegung von Wertgrenzen ist möglich. Allerdings ist es fraglich, diese anhand eines einfachen „Zahlenkatalogs“ zu bestimmen. Um für die Gemeindevertretung als auch für die Verwaltung eine zufriedenstellende Regelung zu finden, sollten auch hier Arbeitsgruppen gebildet werden, die einen abgestimmten Vorschlag erarbeitet. Das Hauptamt stellt sich für die Koordinierung zur Verfügung.

Da es sich bei der Frage der Beschränkungen der Entscheidungsbefugnis des HVB m.E. um einen Vertrauensverlust handelt, würde das Hauptamt darum bitten, einen Beschluss darüber erst im Laufe des dritten Quartals 2022 zu treffen, damit das neue Hauptamt die Gelegenheit erhält die Arbeit aufzunehmen und Vertrauen wiederherzustellen. Erst dann kann m.E. eine objektive Entscheidung über die zukünftige Entscheidungsbefugnis getroffen werden, die nicht von persönlichen Diskrepanzen abhängig ist.

Stellungnahme Kämmerei:

Laut der vorliegenden Beschlussvorlage sollen gemäß Punkt 7.4 Verfügungen über Gemeindevermögen ab einer Wertgrenze von 5.000,00 € zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Hierbei ergibt sich für mich die Frage, was als Verfügung zu verstehen ist. Hier

Allgemeine Sprechzeiten:

Montag u. Mittwoch	keine Sprechzeiten - Termine nach Vereinbarung möglich
Dienstag	09.00 - 12.00 Uhr und 13.00 - 16.00 Uhr
Donnerstag	09.00 - 12.00 Uhr und 13.00 - 18.00 Uhr
Freitag	09.00 - 12.00 Uhr

Bankverbindung:

Mittelbrandenburgische
Sparkasse in Potsdam
IBAN: DE64160500003639020072
BIC: WELADED1PMB

sollte genau festgelegt werden, was eine Verfügung ist. Bislang werden alle Käufe und Verkäufe ab einem Wert von 1.000,00 € und einer Fläche über 100 m² gemäß Genehmigungsfreistellungsverordnung als Beschluss dem Hauptausschuss oder der Gemeindevertretung und dem betroffenen Ortsbeirat vorgelegt.

Weiter wird in Punkt 7.5 auf Niederschlagungen und Erlasse eingegangen. In der Verwaltung gibt es bereits eine Geschäftsanweisung welche genau diese Zuständigkeiten regelt. Demnach wurde festgelegt:

Niederschlagungen

Befristete Niederschlagung

Zuständige Teamleiter	- bis zur Höhe von 150,00 €
Teamleiterin Kämmerei	- bis zur Höhe von 500,00 €
Bürgermeister	- bis zur Höhe von 2.500,00 €
Hauptausschuss	- bis zur Höhe von 25.000,00 €
Gemeindevertretung	- über 25.000,00 €

Unbefristete Niederschlagung

Zuständige Teamleiter	- bis zur Höhe von 100,00 €
Teamleiterin Kämmerei	- bis zur Höhe von 500,00 €
Bürgermeister	- bis zur Höhe von 2.500,00 €
Hauptausschuss	- bis zur Höhe von 10.000,00 €
Gemeindevertretung	- über 10.000,00 €

Erlasse

Zuständige Teamleiter	- bis zur Höhe von 150,00 €
Teamleiterin Kämmerei	- bis zur Höhe von 500,00 €
Bürgermeister	- bis zur Höhe von 2.500,00 €
Hauptausschuss	- bis zur Höhe von 10.000,00 €
Gemeindevertretung	- über 10.000,00 €

Als weiterer Punkt wird unter Punkt 7.7 die Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben mit einer Wertgrenze von 5.000,00 € angezeigt. Gemäß Haushaltssatzung 2020/2021 und Nachtragshaushaltssatzung 2020/2021 wurde beschlossen, dass die Wertgrenze der überplanmäßigen und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, die der vorherigen Zustimmung der Gemeindevertretung bedürfen, auf 25.000,00 € festgesetzt wird. Diese Festlegung muss gemäß § 70 Abs. 1 BbgKVerf in der Haushaltssatzung erfolgen.

Stellungnahme Ordnungsamt:

In der Beschlussvorlage wird angegeben, die Verwaltung und den HVB durch die Festlegung von Wertgrenzen zu entlasten.

Durch die Festlegung der Wertgrenzen müssen deutlich mehr Vorgänge durch die Ausschüsse beschlossen werden.

Dies führt zu mehr Aufwand und auch zu einer längeren Bearbeitungszeit.

Effizienter wäre m.E. die Festlegung eines genau definierten Kriterienkatalogs.

Sollte es zur Festlegung von Wertgrenzen kommen, sollten diese konkretisiert werden. Die Angabe „Verträge über Lieferungen und Leistungen im Rahmen des Haushaltsplanes 20.000 EUR“ ist nicht eindeutig. Handelt es sich hierbei um den Gesamtauftragswert (z.B. bei Verträgen mit langer Laufzeit) oder um den Wert je Monat?

Stellungnahme Bauamt:

Ergänzend zu den Ausführungen möchte ich anmerken, dass die einzelnen aufgeführten Wertgrenzen m.E. zu niedrig angesetzt sind.

Die Ausschreibung von Energielieferverträgen (Strom, Gas) erfolgt regelmäßig als europaweite Ausschreibung für den Zeitraum von zwei Jahren, mit einer optionalen Verlängerung von zwei weiteren Jahren. Die Angebote basieren auf dem am Auftragstag geltenden börsengehandelten Preis. Für die Auftragsvergabe gibt es ein Zeitfenster von wenigen Tagen. Je nachdem wie man den tagesaktuellen börsenorientierten Preis einschätzt, wird das Angebot zu diesem Preis beauftragt. Solch eine Vergabe ist über eine vorher fest einzuberufende Sitzung nicht zu realisieren. Die aufgestellte Wertgrenze für Verträge über Lieferungen und Leistungen in Höhe von 20T€ ist nicht akzeptabel. Allein die Beauftragung für den Energieliefervertrag Strom über einen Zeitraum von 2 Jahren hatte ein Auftragsvolumen von über 500T€.

Des Weiteren ist die Wertgrenze für APL und ÜPL in Höhe von 5T€ nicht zielführend.



F. Broshog
Bürgermeister